Sonderausgabe

Verantwortlich:
Herbert Willner, Bonn

Bonner Talweg 57-61
Ruf: 24001-5
Bundeshaus
Ruf: 2062378
Fs. 0886580

53 Bonn
3. Oktober 1967

OBRIGKEITLICHE NOTSTANDSVERORDNUNG ODER LIBERALES GESETZ ZUR SICHERUNG DES RECHTSSTAATES IM VERTEIDIGUNGSFALL?

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag hat einen Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der rechtsstaatlichen Ordnung im Verteidigungsfall eingebracht. Die FDP bietet hier die liberale Alternative zur obrigkeitstaatlichen Notstandsregelung, wie sie der Regierung der Großen Koalition vorschwebt.

Bevor wir hier auf die Punkte eingehen, in denen sich der FDP-Entwurf von dem Regierungsentwurf, den Bundesinnenminister Paul Lücke (CDU) erarbeitet hat, grundlegend unterscheidet, ein knapper Abriß des bisherigen Verlaufs der Notstandsdiskussion im Parlament:

1. Entwurf am 28. 9. 1960 von Bundesinnenminister Schröder (CDU) vorgelegt. Schröder: "Stunde des Notstands ist Stunde der Exekutive" (Exekutive = Regierung; Schröder wollte also Parlament ausschalten).

Schröder-Entwurf scheiterte bereits in 1. Lesung. Für die Freien Demokraten von Dr. Ewald Bucher nachdrücklich als illiberal und undemokratisch abgelehnt.

IV. Wahlperiode Höcherl-Entwurf (Höcherl = CSU); 24. 1. 1963 1. Lesung. Mitarbeit der Freien Demokraten. Erstmals Unterscheidung zwischen "Zustand äußerer Gefahr", "Zustand innerer Gefahr" und "Katastrophenzustand". Weiterentwicklung durch Ernst Benda (CDU-MdB). Scheiterte in 3. Lesung am Widerstand der SPD.

Der jetzt vorliegende Regierungsentwurf (Lücke-Entwurf) muß vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei der Übung Fallex 66 sowie vor dem Hintergrund von Veröffentlichungen und Aussagen bei Interviews des Verfassungsministers (Bundesinnenminister) gesehen werden. "Wenn man

Veröffentlichungen und Aussagen bei Interviews des Verfassungsministers prüft, kommt man zu der erschreckenden Überzeugung, daß seine verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Überlegungen zur Neugestaltung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland mehr als lückenhaft im Sinne eines freiheitlichen Rechtsstaates sind", stellt der FDP-Abgeordnete Wolfgang Dorn in der Oktober-Ausgabe der Zeitschrift "liberal" fest.

Es geht in der Tat um die parlamentarische Demokratie in Deutschland; es geht darum, ob der freiheitliche Rechtsstaat auch in Zukunft die Grundrechte seiner Bürger schützt oder ob - um es mit den Worten Dorns zu sagen - "mit der Verabschiedung der Regierungsvorlage der manipulierbare, nationale Notstand für unser ganzes Volk heraufbeschworen wird".

Dorn: "Wir wissen, daß auch bei den anderen Fraktionen manche Kollegen sehr besorgt sind... Aber wir wissen nicht, inwieweit diese Kollegen bereit sind, mit uns gegen diesen Gesetzentwurf im Parlament anzutreten. Beifallheischende Erklärungen dieser Art bei Podiumsdiskussionen in Universitäten und bei anderen Veranstaltungen sind nämlich in der Sache uninteressant, weil sie parlamentarisch wirkungslos bleiben... Unser Gesetzentwurf atmet den freiheitlichen Geist, den man von einer liberalen Partei erwarten muß. Er verhindert aber auch die Flucht des Parlamentes aus der Verantwortung; denn ganz besonders in der Not eines Volkes zeigt sich der wahre sittliche und geistige Wert seiner Abgeordneten."

Es folgt nun eine Gegenüberstellung der wichtigsten Punkte des Lücke-Entwurfs und des Entwurfs der FDP-Fraktion: